

bestimmt einen gewissen Einfluss auf die wirtschaftlichen Kom-
binationen in Europa ausüben.

Der Vorsitzende der russischen Delegation Honegky gab in einer Rede bei der Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages der Überzeugung Ausdruck, daß der Vertrag die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit Deutschlands und Russlands stärken werde. In der Kriegszeit betrug, sagte der Redner, die russische Einfuhr aus Deutschland 47 Prozent des gesamten russischen Imports, die Ausfuhr nach Deutschland 80 Prozent des gesamten russischen Exports und war höher, als die Ausfuhr in irgend ein anderes Land. Nach Abschluß des Handelsvertrages werden diese Ziffern in kürzester Zeit sogar überschritten werden. Der Vertrag hat auch eine große politische Bedeutung, da die Apollo-Linie weiter ausgebaut wird. Zum Schluß sprach Honegky dem deutschen Botschafter Graf Brodowski-Ranau und der gesamten deutschen Delegation für die freundliche Zusammenarbeit seinen Dank aus.

Sturmische Sitzung des Wiener Nationalrates.

Wien, 13. Oktober. Die heutige Nationalratssitzung führte zu äußerst heftigen Zusammenstößen zwischen den Sozialdemokraten und dem Außenminister Dr. Mataja. Gegenstand der Beratungen war die zweite Lesung der jüngst vom Hauptratschuh mit Mehrheit angenommenen Resolution des Volksbundes. Als erster Redner wiederholte der Sozialdemokrat Leutheuer den seinerzeit gemeldeten sozialdemokratischen Gegenantrag, wobei er in sehr ausführlicher und scharfer Weise die Tätigkeit des früheren Bundeskanzlers Dr. Seipel und des Finanzministers Wiedböck sowie die Haltung der Machtsparteien und insbesondere der Großdeutschen Partei kritisierte. Deutchner beharrte dann ausführlich die Notwendigkeit des Anschlusses an Deutschland. Seine Angriffe wandten sich dann gegen den anwesenden Außenminister Dr. Mataja, den er als den ärgsten Wühler gegen den Anschluß und als den italienischen Feind, den Deutschland in Österreich beläuft, bezeichnete. Was sollte man, so fuhr Deutchner fort, aber zu einer Mehrheit sagen, welche wiederholt dem Anschluß zugestimmt oder zugesagt habe und welche daneben einen Menschen als Außenminister duldet, welcher in ganz Europa als der Ausdruck der Gegnerschaft gegen den Anschluß gilt. Denn nicht nur wir nennen ihn so, sondern ganz Europa nennt ihn so. Kann man die groùdeutsche Partei noch eine Partei nennen, die wegen der zwei Ministerstühle sich so etwas von dem Führer der Außenpolitik gefallen läßt, auf den als Diener des französischen Imperialismus, als ein Werkzeug der französischen Gesellschaft hingewiesen wird und der wahrhaft krankhaften gegen alles, was deutsch heißt, in seinen Handlungen an den Tag legt? Als Leutheuer seine mehrstündigen Aussführungen mit der Versicherung geschlossen hatte, daß seine Partei als Anschlußfeinde alles daransehen würde, ihrer Idee zum Durchbruch zu verhelfen, erhob sich sofort Minister Mataja und richtete an die Opposition die Frage ob sie nicht Deutchner Ausführungen zuzbillige. Die Sozialdemokraten antworteten hierauf mit stürmischen Neintufen. Mataja erklärte, die Behauptungen Deutchners entbehren jeder Grundlage. Als Dr. Mataja sich weiter schwarz gegen die Aussführungen wandte, stürzten die Sozialdemokraten gegen die Ministerbank. Abg. Leutheuer schlug wiederholt vor Dr. Mataja mit der Faust auf den Tisch und rief: Frecher Lausebub, nimm dein Wort zurück. Er stürzte dann hinter die Ministerbank auf Dr. Mataja zu. Nur mit Mühe gelang es seinem eigenen Parteigenossen, ihn zurückzuhalten. Von den sozialdemokratischen Bänken wurden Rufe: Es gibt keine Sitzung ohne Abstimmung — hörtbar. Gleich zu Beginn des Antritts hatte der den Vorsitz führende Vizepräsident Eiderer (Soz.) die Sitzung unterbrochen. Unter stürmischen Rufen seitens der Sozialdemokraten leerte sich der Saal. Die um 5 Uhr unterbrochene Sitzung wurde um 7 Uhr wieder aufgenommen. Die Obmannkonferenz, die sich, wie verlautet, für die Entscheidung des Zwischenfalls als inkompetent hinstellte, erklärte, es sei Sache der Regierung, festzustellen, ob sie sich mit Dr. Mataja solidarisch erklärt.

Wiederaufnahme der Arbeit in Paris.

Paris, 13. Oktober. Nach dem heute vormittag auf der Polizeipräfektur vorliegenden Nachrichten ist die Rückkehr der Arbeiter, die gestern am Streit teilgenommen haben, in die Fabriken und Werkstätten sowohl in Paris wie in den Vororten in der größten Ruhe vor sich gegangen. Der Streit bei der Autobus- und Straßenbahngesellschaft schenkt nachzulassen. Die gestern festgenommenen und auf der Polizeizwischenabteilung befindlichen Mannschaften sind heute vormittag zum Teil wieder vorläufig freigelassen worden. Heute nachmittag wird ein Teil der Inhaftierten bereits gerichtlich abgeurteilt: werden — aus den bis gestern abend 8 Uhr eingegangenen offiziellen Nachrichten über den politischen Proteststreit ergibt sich u. a., daß von den gestern Verhafteten 100 Personen in Haft behalten, und daß 16 Polizisten verletzt worden sind.

Zu dem gestrigen vierundzwanzigstündigen politischen Proteststreit schreibt das sozialistische Gewerkschaftsblatt "Le Peuple": Der von der kommunistischen Partei und ihren Zweigstellen entfesselte Streik hat Fiascio erlitten. Der vierundzwanzigstündige Ausstand ist vollständig gescheitert; mit anderen Worten: Die Kundgebung der Gewalt, die seit drei Monaten als ins kleinste vorbereitet worden war, ist eine effektive Demonstration der bürgerlichen Ohnmacht gewesen. Es ist dies ein übler Schlag für den Kommunismus und für die kommunistischen Gemeinschaften. Die letzteren werden Mühe haben, die schlimme Niederlage, die sie mit ihren Fortbewegungen erlitten haben, zu verbergen.

Im Elate steht es: Der vierundzwanzigstündige Generalstreik ist gerade ernst genug gewesen, um unseren Regierungsstellen zu zeigen, daß die kommunistische Gefahr kein Mythos ist, und daß sie, wenn sie in ihrer Politik der Schwäche und des Nachgebens verharret, das erste Opfer der Revolution sein wird. Gleichzeitig werden die Männer, die mit der Wahrung unserer Sicherheit beauftragt sind, begreifen müssen, daß es in allen Gesellschaftsklassen Frankreichs eine große Anzahl von Bürgern gibt, die lediglich den Wunsch haben, in Frieden von den Früchten ihrer Arbeit zu leben. Um diese Leute muß die Regierung denken. Sie muß sie beruhigen und, wenn es notwendig ist, verteidigen.

Kongress der Radikalen Partei.

Paris, 13. Oktober. Am Donnerstag tritt im Nizza der 22. Jahrestagung der radikalen Partei unter Vorsitz des Kammerpräsidenten Beriot zusammen. Auf diesem Kongreß wird eine Entscheidung über die Haltung der Partei gegenüber dem Kartell der Dinten getroffen werden. Außerdem wird die Partei ihre Stellung zur Steuer- und Finanzpolitik "Glaßau", der selbst auf dem Kongreß zu erscheinen gedenkt, formulieren. In der Tagesordnung findet man auch einen Bericht über die landwirtschaftliche Sozialpolitik der Radikalen sowie ein Referat über Außenpolitik und Völkerbund. Außerdem wird über die neu gegründete Internationale der demokratischen Parteien gesprochen werden. Ministerpräsident Poincaré wird der am Sonntag, den 18. Oktober, stattfindenden Schlußtagung bewohnen.

Zusammenschluß der Christlichen Wirtschaftspartei und der Christlich-Sozialen Partei in Ungarn.

Budapest, 13. Oktober. Die Christliche Wirtschaftspartei und die christlich-soziale Partei haben gestern abend bei einem geselligen Beisammensein ihrer Vertreter ihre Vereinigung beschlossen. Graf Johann Bethy gab dabei die Erklärung ab, daß nicht beachtigt sei, einer Regierung, die der Konsolidierung diene, Schnittergkeiten zu bereiten, wenn man auch nötigenfalls vor einer oppositionellen Stellungnahme nicht zurücktreten würde.

Japan und die Radiomonopole in China.

London, 13. Oktober. Reuter meldet aus Tokio: Es verlautet, daß der britische Botschafter in Tokio Elliot und der japanische Außenminister Shibusawa gestern über die Frage des Radiomonopols in China eine Vereinbarung getroffen haben, die einen befriedigenden Verlauf nahm. Es verlautet weiter, daß die japanische Regierung bestimmt hat, daß ein Übereinkommen zwischen den Mächten hinsichtlich der in China zu verfolgenden Politik außerordentlich bedeutungsvoll ist. Sie habe daher ihren Geschäftsträger in London angewiesen, die Mittierung Chamberlains in dieser Frage zu erwirken und auch die Vereinigten Staaten von Amerika davon zu überzeugen, daß eine praktische Lösung der Frage des Radiomonopols möglich sei als das Bemühen an den Buchstaben des Rechtes, auf das Japan zu verzichten bereit sei, falls die andern Mächte in gleicher Weise verzichten.

Unruhen in Panama niedergeschlagen.

London, 13. Oktober. Reuter meldet aus Panama: Es wird dort auf Eruchen der Regierung von Panama Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika eingetroffen, die die infolge des Ausbruchs eines Generalstreiks gestörte Ordnung in der Stadt wiederherstellen sollen.

We „Panama“ aus Panama berichtet, haben die Truppen der Vereinigten Staaten die Unruhen unterdrückt. Die Nachricht, wonach die Truppen auf die Menge feuerten haben sollen, wird nicht bestätigt.

Die Interparlamentarische Union in Kanada.

Ottawa, 13. Oktober. Die Delegierten der Interparlamentarischen Union trafen gestern abend hier ein. Sie begaben sich heute zum Parlamentsgebäude, um einer Sitzung beizuwohnen, in der über die Rechte der Minderheiten verhandelt wird, und sind im Anschluß daran zu einem Bankett eingeladen. Die Delegierten bedienen sich morgen nach Montreal und von dort übermorgen nach Quebec.

Der neue amerikanische Kriegssekretär.

Washington, 13. Oktober. Der bisherige Unterstaatssekretär im Kriegsdepartement Dwight F. Davis ist zum Nachfolger des aus dem Dienst ausscheidenden Kriegssekretärs Weeks ernannt worden.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Reich gestiegen. In der Zeit vom 15. bis 30. September ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 252 000 auf 266 000, d. h. um 5% Prozent, gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 230 000 auf 244 000 erhöht, während der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger, der sich nicht nennenswert geändert. Die Zahl der Buschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 308 000 auf 323 000 gestiegen.

Der Reichspräsident in Rösen.

Bad Kösen, 13. Oktober. Reichspräsident v. Hindenburg wollte heute nachmittag hier, um an dem Vereinssenat seiner Schwägerin, Frau v. Manstein, teilzunehmen. Die Rückreise nach Berlin erfolgte um 7 Uhr abends.

Empfang des Reichspräsidenten in Dresden.

Wie gemeldet wird, wird Reichspräsident v. Hindenburg am Donnerstag sofort nach seiner Ankunft vom Bahnhof ins Ministerialgebäude fahren, wo er vom Gesamtministerium empfangen werden wird (nicht erst um 1 Uhr, wie ein Dresdener Blatt meldet). Vom Ministerialgebäude aus fährt er in den Landtag, wo er vom Präsidium begrüßt werden wird. Danach schließt sich ein Essen im Hotel Bellevue an. Nach einer kleinen Ruhepause beginnt um 5% Uhr die Festvorstellung in der Oper, wo die Ouvertüre von Oberon und Abu Hassan von C. W. v. Weber gespielt werden. 7.15 Uhr verläßt der Reichspräsident Dresden wieder. Dem fahrläufigen Zug wird der Salonwagen des Reichspräsidenten angehängt werden.

Neue Sichtvermerkgebühren für die Schweiz. Nach Verhandlungen zwischen der deutschen und der schweizerischen Regierung werden die bisherigen Sichtvermerkgebühren für die beiderseitigen Staatsangehörigen mit Wirkung vom 20. Oktober 1925 herabgesetzt. Erhöht werden: für einen Sichtvermerk zur einmaligen Durchreise ohne freiwillige Fahrtunterbrechung deutscherseits 1 RM, schweizerischerseits keine Gebühr, für einen Sichtvermerk zur einmaligen Pauschalgebühr, für einen Sichtvermerk zur einmaligen Ein- und Ausreise oder zur einmaligen Ein- und Wiedereintritte oder zur einmaligen Einreise nach erfolgter Ausreise deutscherseits 5 RM, für einen Sichtvermerk zur einmaligen Einreise oder zur einmaligen Wiedereintritte schweizerischerseits.

5 Franken für einen Sichtvermerk zum selbig häufigen Grenzübertritt innerhalb eines Zeitraumes von 12 Monaten deutscherseits 10 RM, schweizerischerseits 10 Franken. Diese Regelung gilt, soweit die Sichtvermerkgebühren innerhalb Europas zur Erhebung gelangen.

Aus Stadt und Land.

Aue, den 13. Oktober 1925

Die sächsischen gewerblichen Kreditgenossenschaften am Halbjahresabschluß.

Die Erzgebirgische Bank, E. G. m. b. H. in Schneeberg, begleitet uns:

Nach den Erhebungen des Landesverbandes gewerblicher Genossenschaften in Sachsen und des Verbandes sächsischer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften hat sich das Kreditgenossenschaftswesen in Sachsen trotz der Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse recht erfreulich weiter entwickelt. Die Ermittlungen der beiden Revolutionsverbände, die sich auf etwa 70 sächsischen Kreditgenossenschaften erstrecken — beiden Verbänden gehören insgesamt über 100 selbständige Kreditgenossenschaften an — haben ergeben, daß von diesen rund 30 Millionen Mark an den gewerblichen Mittelstand ausgeliehen worden sind. Während nach dem Durchschnitt in der Substanzen als Folge der Inflation in der ersten Zeit nach der Stabilisierung unserer Währung auch die sächsischen Kreditgenossenschaften im wesentlichen auf die „Anfurlbelungskredite“ ihrer zentralen Kreditinstitute angewiesen waren, konnte jetzt schon der größte Teil der Kredite aus den eigenen Mitteln und den anvertrauten fremden Geldern gewährt werden. Die Geldstaatsaufgaben und Reserven der Genossenschaften, auf die sich die Erhebungen erstrecken, belaufen sich bereits auf rund 10 Millionen Mark. In welchem Maße die gewerblichen Kreditgenossenschaften ihrer Aufgabe, ihr Geld den mittelständischen Gewerbetreibenden zuzuteilen, nachgekommen sind, mögen die folgenden Zahlen beweisen: Bei 50 dem Landesverband gewerblicher Genossenschaften Sachsen angehörenden Genossenschaften 5797 Kredite bis 1000 Mark, 1720 bis 2500 Mark, 772 bis 5000 Mark und 556 über 5000 Mark.

Angabe der Absender-Anschrift auf der Außenseite der Postsendungen.

Zur Vermeidung oft recht peinlich, mitunter sogar verhängnisvoll wirkender Verzögerungen in der Wiederauslieferung als unanbringlich zurückgesommener oder vom Empfänger nicht angenommener Briefe, Postkarten usw. wird auf die dringende Notwendigkeit einer möglichst genauen Angabe des Namens, Standes, Wohnorts und der Wohnung des Absenders auf der Außenseite der Postsendungen zum eigenen Vorteil wie auch zur erleichterung des Postdienstbetriebes erneut hingewiesen. Bei dieser Gelegenheit wird daran erinnert, daß die Rücksendung bei unzulässigen, wertlosen Drucksachen unterbleibt, wenn nicht der Absender die Rücksendung durch einen Vermerk auf der Außenseite der Sendung ausdrücklich verlangt hat.

Arbeitsjubiläum. Der Wächter Louis Möckel, wohnhaft in der Überstraße, feiert heute sein 50jähriges Arbeitsjubiläum bei der Firma Ernst Gehner A.-G. Aus diesem Anlaß wurde er von der Firma sowie von seinen Arbeitskollegen in der im Gehnerwerk üblichen Art und Weise geehrt und beschenkt.

Die Arbeiter-Samariter-Kommission Aue veranstaltet in den nächsten Tagen eine Haussammlung, um verschiedene neue Geräte und Verbandsmaterial angeschafft zu können.

Planitz. Vermißt. In den letzten Tagen hat sich ein hiesiger Handlungsgeschäft aus der elterlichen Wohnung entfernt. Die Eltern haben Erörterungen einleiten lassen. Zwiedau. Neues Viebesgut. In der Nacht zum 12. Oktober sind von einer an dem Hause Goethestraße 22 befindlichen Rundfunkanlage von unbekannter F. so die Untenstufen entfernt und mit fortgenommen worden. — Die Neudenkmale lassen darauf hindeuten, daß im Lat einen politischen Sachschuß verübt. So meldet der Polizeibericht.

Wiesbaden. Tödlicher Autounfall. Am Dienstag vormittag ist auf der oberen Bahnhofstraße der Geschäftsgeschäftsführer Kurt Ludwig von einem Personenträger überschlagen und sofort getötet worden. Der Unglücksfall bezw. der Tod des Kurt durch Fahrlässigkeit des Chauffeurs herbeigeführt worden. Wir erfahren dazu noch, daß der Verunfall die obere Bahnhofstraße hinunter auf der rechten Seite geführt hat. Hinter ihm ist das von Seibel geführte Auto gefommen, das zunächst fast in der Straßenmitte in vorstrikäftigem Tempo gefahren ist; dadurch aber, daß sich der Wagenführer bei einer Fußbeschleunigung hinabknüpfte und die Überseite verlor, fuhr das Auto plötzlich nach rechts, riß Ludwig um und überfuhr ihn tödlich. Der Bedauernswerte hinterließ eine Witwe und zwei unmündige Kinder.

Thalheim. Schwerer Unfall. Während einer Rachticht geriet beim Arbeiten an einer Transformatorenstation in der Pappenfabrik von Kron der aus Stolberg gebürtige 21 Jahre alte Arbeiter Helbig in das Gelände und wurde von der Welle mehrmals herumgewichselt. Er erlitt dabei schwere Verletzungen, daß er kurz nach dem Unfall verstarb.

Chemnitz. Lokomotive entgleist. Am Montagnachmittag entgleiste auf dem hiesigen Hauptbahnhofe der Stellerei I eine Lokomotive, wodurch die Gleise gesperrt wurden. Es entstanden dadurch verschiedene Zugverstopfungen. Gegen Mitternacht war die Störung wieder beseitigt.

Chemnitz. Versammlung erzgebirgischer Landwirte. Am Sonnabend, dem 17. Oktober, pünktlich 10 Uhr vormittags, findet in Chemnitz im großen Saale des Kaufmännischen Vereinshauses eine große allgemeine Versammlung der erzgebirgischen Landwirte statt, veranstaltet von den lokalen Stellen der Landwirtschaftskammer und dem Landbund in Gemeinschaft mit den Nachbarbezirken. Die Regierungs- und Finanzbehörden und die Abgeordneten sind eingeladen. In der Versammlung sollen die gegenwärtigen durch das ungünstige Erntewetter und die stark gefallenen Produktionspreise geschaffene wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft und die hierauf zu ergreifenden Maßnahmen behandelt werden.

Roßlau. Tödlicher Motorradunfall. Am Sonntag nachmittag verunglückte auf der Stadtsstraße Roßlau-Beringwalde der 22 Jahre alte Kaufmann Otto